

9.19

Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Österreich, und so sehen es unsere Landsleute, ist ein sicheres Land. Neun von zehn ÖsterreicherInnen sagen, sie fühlen sich hier wohl, nicht nur wohl, was die Lebensqualität anlangt, sondern sie fühlen sich vor allem sicher. Das kann man durch einen Monitor, einen Vergleich der Kriminalitätsstatistiken von 2004 bis 2015 auch sehr gut unterlegen. Waren es im Jahr 2004 645 000 Straftaten, so waren es im Jahr 2015 weniger – es sind noch immer zu viele –, nämlich 517 000 Straftaten. Und es ist von 2014 auf 2015 ein Rückgang der Kriminalitätsrate um 1,9 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Wir sehen aber bereits in den ersten Monaten des Jahres 2016, dass die Zahl verschiedener Deliktformen ansteigt und es insgesamt zu einem Anstieg der Kriminalität kommt. Und es wäre die vornehmste und wesentlichste Aufgabe eines Innenministers, sich mit den Experten zu überlegen, wie wir diese Entwicklung stoppen und jenes gute Ergebnis auch im Jahre 2016 fortsetzen können, das in den Jahren 2004 bis 2015 durchaus auch durch eine erfolgreiche Polizeiarbeit, aber auch mithilfe der Zivilgesellschaft erzielt wurde, beziehungsweise wie wir den derzeit spürbaren Anstieg wieder auf ein vernünftiges Maß zurückführen können. Wir wissen, dass vor allem die Zahl der Gewaltdelikte, der Einbruchdiebstähle und kleiner Körperverletzungsdelikte im Zunehmen begriffen ist.

Wir sehen uns das sehr genau an und stellen dabei fest, dass vor allem die urbanen Räume besonders betroffen sind. Wir sehen aber auch, dass es insbesondere bei Asylwerbern und Asylberechtigten in einzelnen Agglomerationen zu einer besonders hohen Zahl von Übergriffen kommt. Da ist Wien insbesondere an neuralgischen Stellen ein besonderer Hotspot und ein besonderer Brennpunkt geworden. Daher wird es notwendig sein, dass wir ein besonderes Augenmerk insbesondere auch auf die urbanen Zentren legen.

Wir haben deswegen gemeinsam mit dem Justizminister und auch mit dem Verteidigungsminister beschlossen, den Menschen den Aktionsplan „Sicheres Österreich“ vorzustellen, der im Wesentlichen aus fünf Teilen besteht, die es in unterschiedlicher Intensität zu bearbeiten gilt.

Da ist in erster Linie die Präventionsarbeit. Die Präventionsarbeit muss bei all unseren Überlegungen im Vordergrund stehen, denn wir wollen – und das ist die Aufgabe der Polizei – Delikte schon im Keim ersticken und verhindern, was ganz wesentlich ist, und

zwar nicht nur für die Statistik, sondern auch zur Hebung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Menschen. Obwohl die Zahl der Delikte deutlich zurückgegangen ist, hat sich nämlich das subjektive Sicherheitsgefühl **nicht** verbessert.

Wenn wir das Burgenland hernehmen, wo es die geringste Kriminalitätsrate und höchste Anzahl von Polizisten gibt, die Leute aber das schlechteste Sicherheitsgefühl haben, dann sehen wir, dass wir insbesondere bei der Prävention ansetzen müssen.

Wir müssen aber auch bei den zwei Säulen Ermittlung und Kontrolldruck ein deutliches Zeichen setzen. Diesbezüglich habe ich mit dem Polizeipräsidenten von Wien, den Landespolizeidirektoren der anderen Bundesländer und dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit vereinbart, dass wir insbesondere mit dem Augenmerk auf Wien und die urbanen Zentren den Kontrolldruck für die einzelnen echten Brennpunkte verschärfen. In den nächsten zwei Wochen werden die einzelnen Maßnahmen vorgestellt werden. Sie kennen die neuralgischen Punkte in Wien, das ist der Praterstern, das ist zum Teil der Schwedenplatz, und das ist vor allem die breite Linie an der U6. Und das, was uns am Linzer Bahnhof mit einer sehr klaren Einsatzstrategie der Polizei gelungen ist, wird uns auch in den anderen urbanen Zentren gelingen.

Als vierte Säule ist ganz wesentlich, dass die Verfahren beschleunigt werden, wofür wir auch einen klaren Ansprechpartner bei der Justiz brauchen. Sie kennen alle den tragischen Fall, wo ein Kenianer am Brunnenmarkt eine Straftat begangen hat, der bereits ein Register von Straftaten hatte, aber nie aus dem Verkehr gezogen, also quasi nie eingesperrt wurde. Somit hatten wir nicht mehr die Möglichkeit, das in der Prävention entsprechend zu erkennen. Die Nachschärfungen sind daher für uns auf gesetzlicher Basis ganz entscheidend, um vor allem zu einer schnelleren Abwicklung der Strafverfahren zu kommen, denn sehr viele, die in erster Instanz verurteilt werden und in Rekurs gehen, tauchen dann unter. Um das zu verhindern und straffällig Gewordene auch in Schubhaft nehmen zu können, soll das Fremdenpolizeigesetz im Herbst entsprechend adaptiert werden. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten von SPÖ und Team Stronach.)*

Es kann ja nicht sein, dass wir stillschweigend akzeptieren, dass Leute, die – wenn auch nur in erster Instanz und somit noch nicht rechtskräftig – verurteilt sind, ganz einfach untertauchen. *(Zwischenruf des Abg. Öllinger.)*

Ein wesentliches Moment ist die fünfte Säule, nämlich jene der Rückführungen – vollkommen richtig. Sicherheitssprecher Amon hat schon ausgeführt, dass wir in den letzten Jahren einen Anstieg bei der Zahl der Rückführungen hatten.

Im konkreten Fall des Kenianers am Brunnenmarkthaben wir aus polizeilichen Gründen den Antrag an die Botschaft gestellt, ein Heimreisezertifikat zu bekommen. Wir haben sämtliche Nachrüstungspapiere geliefert. Die Botschaft hat allerdings eine Auskunft verweigert. Erst nach dem tragischen Fall – der Kenianer wäre schon zur Abschiebung bereit gewesen – hat die Botschaft dann tatsächlich reagiert und ein Heimreisezertifikat jetzt auch für andere ausgestellt. Und das ist für uns ein ganz entscheidender Moment.

Rückführungen können nur dann stattfinden, und das wissen Sie alle, wenn wir die nötigen Heimreisezertifikate haben. Und ich bitte alle, dabei behilflich zu sein, dass wir die Heimreisezertifikate bekommen. Ich nehme gerne jede Initiative aus jeder Fraktion, jeder Partei entgegen, die uns dabei hilft, die Heimreisezertifikate zu bekommen. Sie sind herzlichst eingeladen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)* – Sie können sich auch zu Wort melden.

Es ist so, dass wir 2015 8 355 Leute rückschieben konnten, und wir sehen, dass die freiwillige Rückführung das Entscheidende ist. Das freiwillige Zurückgehen und der freiwillige Rücktransport sind für uns der ganz entscheidende Punkt. Es hat sich gezeigt, dass 2016 mittlerweile 2 785 Rückschiebungen stattgefunden haben, das ist ein Anstieg um über 30 Prozent. Wir werden diese konsequente Politik weiterführen, wir brauchen aber die rechtliche Basis dafür.

Dazu kommt ein Zweites: dass etwa 46 Prozent der Insassen in unseren Gefängnissen österreichische Staatsbürger sind, während 54 Prozent *nicht* österreichische Staatsbürger sind. 21 Prozent kommen aus dem EU-Ausland, während 33 Prozent nicht aus dem EU-Ausland kommen. Und da geht die Initiative auch des Justizministers dahin, auch diese Damen und Herren mit polizeilichen Maßnahmen in die Ursprungsländer zurückzubringen, damit sie dort ihre Reststrafe verbüßen. *(Beifall bei der ÖVP sowie des Abg. Vavrik.)* Dann wird es auch wieder möglich sein, Leute verstärkt hereinzunehmen und den Verurteilungsdruck auch wieder zu erhöhen.

Das ist dieses fünfteilige Konzeptpapier, das ganz wesentlich mit der Prävention beginnt. Dabei geht es darum, dass auch die anderen Ministerien – Unterrichtsministerium, Gesundheitsministerium, Sozialministerium – ihre Aktionspläne schärfen, damit wir beginnen können, und das muss unser aller Ziel sein, Kriminalität zu verhindern. Polizeiliche Aufklärungsarbeit und Präventionsarbeit sind eine wesentliche Stütze.

Ich freue mich auf die Diskussion, auf Ihre Beiträge, denn ich glaube, dass wir dann, wenn wir gemeinsam, jeder aus seiner Sicht der Dinge, die einzelnen Maßnahmen noch von den verschiedensten Seiten beleuchten, ein Paket schnüren können, das den Österreichern als Gesamtes präsentiert werden kann.

Meine Damen und Herren, die Sicherheit hat keine politische Farbe, sondern die Sicherheit hat nur eine Intention, und die heißt Österreich. In diesem Sinne sind wir alle verpflichtet, für die Sicherheit unserer Landsleute unseren Beitrag zu leisten.

(Lebhafter Beifall bei der ÖVP sowie Beifall bei Abgeordneten der SPÖ.)

9.28

Präsidentin Doris Bures: Ich mache Sie jetzt darauf aufmerksam, dass alle weiteren Teilnehmer an der Aktuellen Stunde eine Redezeit von 5 Minuten zur Verfügung haben.

Nächster Redner: Herr Abgeordneter Pendl. – Bitte.